

**Protokoll  
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 14.10.2004**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 20:10 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 2.059

**Anwesenheit**

**Vorsitzende**

Sembritzki, Erika PDS

**ordentliche Mitglieder**

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger  
Brill, Anna PDS  
Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU  
Lüdtke, Hannelore SPD  
Meslien, Daniel SPD  
Woywode, Robert CDU

**stellvertretende Mitglieder**

Habeck, Antje BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Holz, Axel Dr.  
Jagau, Karsten PDS  
Leppin, Patricia Unabhängige Bürger  
Schulz, Andreas PDS

**beratende Mitglieder**

Pawlitzok, Heinz

**Verwaltung**

Block, Steffen  
Junghans, Hermann  
Schulz, Günter

**Gäste**

Baumotte, Peter  
Fröde, Thomas  
Marksteiner, Klaus CDU  
Mielke, Axel  
Rehmer, Manfred  
Steinmüller, Rolf Unabhängige Bürger

**Leitung:** Erika Sembritzki

**Schriftführer:** Katy Berend

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Umsetzung des SGB II (Hartz IV)
3. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 2. Sitzung vom 09.09.2004 (öffentlicher Teil)
4. Informationen zu den Haushaltsplanungen
5. Bericht zur Umsetzung der Privatisierung des Medizinischen Zentrums in die HELIOS-Kliniken
6. Mitteilungen der Verwaltung (u.a. Abarbeitung der Aufträge aus der Sitzung vom 09.09.2004)
- 6.1. Vertrag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Agentur für Arbeit Schwerin und der Landeshauptstadt Schwerin
7. Sonstiges

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**  
Frau Sembritzki eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, Gäste sowie Vertreter der Verwaltung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Umsetzung des SGB II (Hartz IV)**  
Herr Junghans informiert die Ausschussmitglieder zu Beginn seiner Ausführungen über den Stand des Antragsrücklaufes, der in der Landeshauptstadt Schwerin bei derzeit 58 % liegt. Darüber hinaus konnten die Aufbau- und die Personalorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) bereits abgeschlossen werden. Der Vertrag zur Bildung der ARGE liegt zwischenzeitlich auch den Ausschussmitgliedern im Entwurf vor. Er berichtet weiter über das Vorhaben, als zusätzliches Organ der ARGE einen Beirat einzurichten, in dem Verbände, Kammern und Vereine ihre Interessen einbringen können.

Bezug nehmend auf die von den Ausschussmitgliedern in der letzten Sitzung erbetenen Informationen führt Herr Block aus, dass Aussagen zur Finanzierung nur grob möglich sind, eine detaillierte Abrechnung wird von ihm zur Jahresmitte 2005 in Aussicht gestellt.

Derzeit wird von 6.200 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen, die in der ARGE betreut werden. Nach ersten Berechnungen werden sich die von der Kommune bereitzustellenden Kosten auf ca. 24,64 Mio. Euro pro Jahr belaufen. Die zu

erwartende Entlastung, u. a. durch den Wegfall der Sozialhilfe für diesen Personenkreis sowie den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft, wird mit 25,7 Mio. Euro beziffert. Die Aufbauorganisation der ARGE sieht die Bildung von fünf Teams vor (2 Teams für Leistungsgewährung, zwei Teams für die Arbeitsvermittlung sowie ein Team zur Betreuung der unter 25-jährigen – U 25). Zwei Geschäftsführer werden die Dienst- und Fachaufsicht ausüben. Aus der Landeshauptstadt Schwerin werden 63 Mitarbeiter/innen in der ARGE zum Einsatz kommen. Zwar bleiben die Stellen im Stellenplan der Stadt enthalten, dennoch wird es durch die anteilige Personalkostenerstattung zu weiteren Entlastungen des städtischen Haushaltes kommen. Die Verwaltung sichert zu, den Ausschussmitgliedern die Ansprechpartner in der ARGE zu benennen, sowie die namentliche Zuordnung abgeschlossen ist. Sitz der ARGE wird der Margarethenhof sein. Die Verwaltung kündigt an, mit dem Nahverkehr Verhandlung aufzunehmen, um die bisher nicht optimale Anbindung an den Standort Margarethenhof zu verbessern.

Aussagen zur Zusammensetzung der Antragsberechtigten können derzeit noch nicht getroffen werden, da die Datenerfassung erst ab 22. 10. 2004 beginnt. Um den Antragsrücklauf zu erhöhen, wurden an die Antragsberechtigten Mahnschreiben verschickt, in dem auf den Wegfall der bisher bezogenen Leistung ab 2005 hingewiesen wurde.

Neben den mündlichen Informationen der Verwaltung wird den Ausschussmitgliedern folgendes Informationsmaterial zur Verfügung gestellt:

- Informationskonzentrat zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (erwerbsfähige Hilfebedürftige)
- Kompendium "Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II"
- Fragen und Antworten zum SGB II – Auswahl nach Themengebieten
- VO-Entwurf zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim ALG II/Sozialgeld
- Antrag auf Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II
- Ausfüllhinweise der Bundesagentur für Arbeit zum Antragsvordruck ALG II
- Entwurf eines Gesetzes des Landes M-V zur Ausführung des SGB II (Landesausführungsgesetz)

Auf die Frage, wer über die Angemessenheit der Unterkunft entscheidet, macht Herr Block deutlich, dass derzeit auf der Grundlage des Schweriner Mietspiegels die Mietobergrenze bei 4,25 €/qm liegt. Für einen Ein-Personen-Haushalt werden 45 qm Wohnfläche als sozialhilferechtlich angemessen angesehen. Für jede weitere Person erhöht sich die Wohnfläche um 15 qm. In Zukunft wird die Trägerversammlung über die Eckdaten entscheiden müssen.

Die Frage von Herrn Woywode nach einer Urlaubssperre für die Mitarbeiter des Amtes für Soziales und Wohnen wird von Herrn Block verneint. Derzeit wird davon ausgegangen, dass eine Urlaubssperre vermieden werden kann. Frau Sembritzki berichtet von ihrer Erfahrung in der Beratungsstelle im Erdgeschoss des Stadthauses, wonach die Kolleginnen dort während ihrer Anwesenheit die Bürger freundlich und korrekt beraten haben.

Herr Block bittet die Ausschussmitglieder, ihm weitere Fragen zur Thematik im Vorfeld der nächsten Sitzung zukommen zu lassen, um so eine zufriedenstellende Beantwortung sicherstellen zu können.

Herr Fröde, Mitglied des Aktionsbündnisses, berichtet auf Wunsch des Ausschusses über die Beweggründe der Gegner von Hartz IV. Die Proteste sind als Hilfeschrei der Betroffenen zu verstehen, die so ihrer Wut und Verzweiflung

über die nicht erfüllten Erwartungen an die Einheit Ausdruck verleihen wollen. Der DGB hat sich der Bewegung angeschlossen, um koordinierend tätig zu werden und Nachbesserungen, wie z. B. bei der Zumutbarkeitsregelung, einzufordern. Die bereits von Herrn Junghans erwähnte Bildung eines Beirates wird von ihm ausdrücklich begrüßt. So könne sichergestellt werden, dass auch regionale Interessen berücksichtigt werden.

Auf die Frage von Herrn Prof. Dr. Dr. Klammt, was vom wesentlichen Inhalt von Hartz IV noch verbleibt, wenn die geforderten Nachbesserungen tatsächlich zum Tragen kommen würden, macht Herr Fröde deutlich, dass die Grundidee von Hartz IV auch von Seiten des DGB begrüßt wird. Derzeit muss aber davon ausgegangen werden, dass der Beschäftigungseffekt nur über Arbeitsgelegenheiten erreicht wird, was gerade in den neuen Bundesländern an den Bedürfnissen vorbeigeht.

Frau Sembritzki fasst zusammen, dass die Notwendigkeit von Reformen von keiner Seite bestritten wird, die grundlegenden Probleme damit aber nicht gelöst werden können. Sie sieht es als Verpflichtung für den Ausschuss an, den Prozess zu begleiten.

### **zu 3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 2. Sitzung vom 09.09.2004 (öffentlicher Teil)**

TOP 5 – Sonstiges

#### 1. Anstrich

Frau Lütke stellt richtig, dass ihr Appell an die Einhaltung des Beschlusses nicht bedeuten soll, sich nicht mehr mit der Problematik beschäftigen zu wollen. Vielmehr sollen die Gespräche im kleinen Kreis weitergeführt werden. Mit diesem Hinweis wird das Protokoll vom 9. 9. 2004 bestätigt.

### **zu 4 Informationen zu den Haushaltsplanungen**

Herr Junghans informiert zunächst über die geplante Beratungsfolge des Haushaltsplanentwurfes 2005/2006, die mit der Einbringung am 2. 11. 2004 in der Dezernentenberatung beginnt und mit der Beschlussfassung in der Stadtvertretung im Februar 2005 beendet werden soll. Die Vorberatung im Ausschuss für Soziales und Wohnen ist für den 9. 12. 2004 vorgesehen. Er macht weiterhin deutlich, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen über das Niveau der vorangegangenen Jahre hinausgehen werden. Nur so ist es möglich, den Stadtvertretern Handlungsspielräume für ihre Entscheidungen zu lassen. Verärgert zeigt sich Herr Junghans über Aussagen, dass die Kürzungen im Sozialbereich bereits beschlossen seien. Das ist eindeutig falsch, da es ausschließlich Angelegenheit der Stadtvertreter ist, über die Kürzungsvorschläge zu entscheiden.

Auf die Frage zur rechtlichen Situation zwischen Beschlussfassung der StV und Genehmigung durch das Innenministerium wird von Herr Junghans auf die dann greifende vorläufige Haushaltsführung mit der 1 1/12-Regelung verwiesen. Die Befürchtung, dass für die Stadtvertreter nicht erkennbar sein wird, an welcher Stelle Einsparungen vorgenommen wurden, wird von Herrn Junghans nicht geteilt.

Die für die Träger vorhandene Planungsunsicherheit soll in Zukunft durch mehrjährige Verträge beendet werden. Dies kann aber erst erfolgen, wenn die Einsparungen tatsächlich zum Tragen kommen.

Am Beispiel des Behindertenverbandes macht Herr Rehmer deutlich, dass die beantragten Mittel nicht für den Verein selbst, sondern für die Belange der 17.022

Behinderten in der Stadt verwendet werden sollen. Herr Baumotte ergänzt, dass die Arbeit der Vereine und Verbände dazu beiträgt, Folgekosten zu vermeiden. Herr Mielke hegt Zweifel am Vorhaben, den Haushalt in absehbarer Zeit auszugleichen, da sich die Einnahmesituation nicht verbessern wird. Auf Initiative von Frau Gajek, Herrn Hubert und Frau Sembritzki treffen sich am 20. 10. 2004 in der Zeit von 10.00 – 11.30 Uhr in der Begegnungsstätte der Caritas betroffene Vereine und Verbände zur Gründung des "Schweriner Sozialnetzes". Der Dezernent und die Ausschussmitglieder werden von Frau Sembritzki herzlich eingeladen.

**zu 5 Bericht zur Umsetzung der Privatisierung des Medizinischen Zentrums in die HELIOS-Kliniken**

Frau Sembritzki betont, dass dieser Tagesordnungspunkt dazu dient, die Schwerpunkte festzulegen, die in der ersten Information des Oberbürgermeisters zu dieser Thematik enthalten sein sollen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich daraufhin, dass Aussagen

- zu den Finanzen (Kaufpreis)
- zur Perspektive der Beruflichen Schule am Medizinischen Zentrum
- und zur personellen Situation

vorrangig von Interesse sind und ausführlich im Zwischenbericht behandelt werden sollen. Die Beantwortung aller weiteren Fragen, wie z. B. zur Veränderung des medizinischen Spektrums sowie zum Sachstand des Instituts für Biomechanik, wird von den Ausschussmitgliedern in dem umfassenden Bericht des Oberbürgermeisters erwartet.

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung (u.a. Abarbeitung der Aufträge aus der Sitzung vom 09.09.2004)**

Die Aufträge an die Verwaltung in Zusammenhang mit der Umsetzung des SGB II sind bereits mit den Ausführungen im TOP 2 abgehandelt worden. Darüber hinaus werden von der Verwaltung folgende Informationen gegeben:

**Weihnachtsbeihilfe**

Die Weihnachtsbeihilfe für Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt wird in diesem Jahr für den Haushaltsvorstand in Höhe von 50 € und für die Haushaltsangehörigen in Höhe von 33,25 € gewährt.

**Behindertenfahrdienst**

Da noch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, wird die eingeschränkte Nutzung des Behindertenfahrdienstes bis Jahresende aufgehoben.

Frau Sembritzki weist auf die Notwendigkeit hin, Sonderregelungen für ehrenamtlich Aktive zu treffen. Hier kündigt Frau Sembritzki Gesprächsbedarf bei der Verwaltung an.

**Übergangsregelungen im Amt für Soziales und Wohnen**

Herr Block berichtet dazu, dass ab 25. 10. 2004 die Schulungen für die künftigen Arbeitsvermittler beginnen. Das bedeutet, dass mit weniger Personal bis Jahresende die anstehenden Aufgaben einschließlich der Datenerfassung für die Anträge auf ALG II bewältigt werden müssen. Es wird daher erforderlich, im Amt für Soziales und Wohnen übergangsweise organisatorische Änderungen vorzunehmen, wie beispielsweise der Umverteilung des verbleibenden Personals auf alle Standorte.

**zu 6.1 Vertrag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Agentur für Arbeit Schwerin und der Landeshauptstadt Schwerin**

Zunächst bittet Herr Block, die verspätete Übergabe der Unterlagen an die Mitglieder des Ausschusses zu entschuldigen. Die Ursachen dafür lagen in Abstimmungsschwierigkeiten mit der Agentur für Arbeit Schwerin. Er verdeutlicht, dass eine spätere Beschlussfassung möglicherweise zu einer vertragslosen Zeit und damit zu rechtlichen Problem führen könnte.

Nach einer kurzen Einführung in den Inhalt des Gründungsvertrages und der Beantwortung von Fragen durch die Verwaltung stimmen die Ausschussmitglieder trotz der geringen Vorbereitungszeit der Beschlussvorlage DS 00227/04 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 7 Sonstiges**

**Bereitstellung von Sitzungsunterlagen**

Entgegen der Festlegung in der Sitzung am 9. 9. 2004 wird die Verwaltung die Sitzungsunterlagen aus Kostengründen nur den ordentlichen Ausschussmitgliedern zusenden.

Frau Sembritzki appelliert an die Einsicht der stellvertretenden Mitglieder und bittet um Kooperation auf Fraktionsebene. Ein entsprechender Vermerk der Verwaltung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Offener Brief des Seniorenbüros**

Frau Sembritzki verweist auf ihre Ausführungen im TOP 3 zur Gründung eines Sozialen Netzwerkes und sieht hierin den ersten Schritt, dem Anliegen gerecht zu werden.

**Obdachlosenheim Anne-Frank-Straße**

Auf die Frage von Herrn Meslin zur Perspektive des Obdachlosenheimes verweist Frau Sembritzki auf die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte in der Sitzung am 9. 9. 2004. Entsprechend der noch ausstehenden Terminisierung sichert die Verwaltung einen Sachstandsbericht zu.

gez. Erika Sembritzki  

---

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend  

---

Protokollführer